

**Projektland: KROATIEN****Quartal/Jahr: April bis Juni 2010****Ein Jahr Regierung-Kosor****Verfassungsänderung****EU-Verhandlungen: Alle Kapitel aufgemacht****Bilaterale Abkommen mit Serbien****Josipovic entschuldigt sich in B-H****Regierung stellt ein Maßnahmenpaket für die wirtschaftliche Erholung dar****Ein Jahr Regierung-Kosor**

Ein Jahr nach der Amtsübernahme kann die Kosor-Regierung Erfolge in der Außenpolitik, insbesondere in Bezug auf den EU-Beitrittsprozess und die Verbesserung der Beziehungen zu Slowenien, verbuchen, innenpolitisch jedoch ist das vergangene Jahr durch eine schwierige Lage gekennzeichnet.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Folgen einer immer schwierigeren wirtschaftlichen Lage spiegelt sich in der Popularität von Ministerpräsidentin Kosor wider, die auf 39 % geschrumpft ist. Noch im Januar d.J. konnte sie mit einer Wählergunst von 77 % rechnen, insbesondere nach dem Parteiausschluss ihres Vorgängers Sanader. Die Kluft zwischen der führenden Oppositionspartei SDP und der regierenden HDZ wird immer grösser. Die Popularität der SDP im aktuellen Politbarometer beträgt 34,7 %, während die HDZ nur noch auf 24,5 % kommt. Die Wahlhürde von 5 % würde nur noch die HNS mit 6,6 % schaffen, gefolgt von der HSS mit 6,5 %. Die fünfte Stelle nimmt die Kroatische Rentnerpartei (HSU) mit 2,8 % ein, während die HSLs nur noch mit 1,6 % der Wählerschaft rechnen kann.

IV. Verfassungsänderung

Das kroatische Parlament hat am 16. Juni die vierte Verfassungsänderung seit der Weihnachtsverfassung 1990 angenommen. Diese Verfassungsänderung war notwendig als Vorbereitung für den erwarteten Beitritt zur Europäischen Union, so dass sich die Mehrheit aller Änderungen auf den künftigen EU-Beitritt bezieht. Für die Verfassungsänderung stimmten 131 Abgeordnete, vier waren dagegen bei einer Stimmenthaltung. Die Änderungen beziehen sich auf die notwendige Beteiligung bei einem Volksentscheid, Minderheitenrechte, Stimmrecht der Diaspora-Kroaten, europäischen Haftbefehl und Auslieferung kroatischer Staatsangehöriger, Stärkung der Gerichts- und Richterunabhängigkeit, Autonomie der Kroatischen Notenbank und des Staatlichen Rechnungshofes.

Minderheiten, die bis 1,5 % der Bevölkerung ausmachen, haben zusätzliche Stimmrechte bekommen. Der serbischen Minderheit, die etwa 4,5 % der Bevölkerung ausmacht, werden drei Parlamentssitze garantiert.

Die Änderungen umfassen auch das Wahlrecht für die EU-Staatsbürger bei den Kommunalwahlen in Kroatien sowie die rechtliche Grundlage für die kroatische EU-Mitgliedschaft und seine Beteiligung an den europäischen Institutionen.

Eine Bestimmung bezieht sich auf den Einsatz kroatischer Soldaten außerhalb der Staatsgrenze, für die die Mehrheit aller Abgeordneten mit Zustimmung des Staatspräsidenten und nicht die Zweidrittel Mehrheit nötig ist.

Weiterhin wurde die Verjährungsfrist für Verbrechen durch Kriegsgewinnler sowie im Privatisierungsprozess aufgehoben.

In die Präambel wurde die Formulierung über den „gerechten und legitimen Befreiungskrieg“ eingefügt, mit der Fürsorgepflicht für Kriegsveteranen, -invaliden, Witwen und Kinder von gefallenen kroatischen Soldaten.

EU-Verhandlungen: Alle Kapitel aufgemacht

Nach der Aufhebung der Blockade durch Slowenien kommen die Beitrittsverhandlungen schneller voran. Im Juni wurden 33 Verhandlungskapitel von insgesamt 35 (über 2 wird nicht verhandelt) eröffnet und 20 vorläufig geschlossen. Die letzten drei Kapitel – Justiz und Grundrechte, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Wettbewerb – wurden bei der EU-Beitrittskonferenz in Brüssel Ende Juni eröffnet.

Der technische Abschluss der Verhandlungen soll bis Ende 2010 erfolgen und es wird bereits an einem Beitrittsvertrag gefeilt. Erweiterungskommissar Stefan Füle erwartet, dass die übrigen Kapitel bis zum Jahresende geschlossen werden können und der Beitrittsvertrag 2011 während der Ratspräsidentschaft Ungarns unterschrieben werden kann.

Die Beziehungen zu Slowenien werden immer besser. Im März hat das slowenische Verfassungsgericht den Antrag der slowenischen Regierung zur Beilegung des Streits um die Seegrenze mit Kroatien durch ein internationales Schiedsgericht als verfassungskonform gebilligt. Somit wurde der Weg zur Ratifizierung im slowenischen Parlament freigemacht. Im Juni haben die Slowenen bei einer Volksabstimmung dem internationalen Schiedsverfahren zugestimmt. Das Kroatische Parlament hat bereits dem Abkommen zugestimmt. Die partnerschaftlichen Beziehungen beider Länder wurden beim Croatia Summit Anfang Juli gefestigt. Am Summit nahmen, neben MP Kosor und ihren slowenischen Kollegen Pahor, die Regierungschefs aus Polen Donald Tusk, aus Bulgarien Boyko Borissow, aus Albanien Sali Berisha, aus Kosovo Hashim Thaci und aus Montenegro Milo Djukanovic teil. Der Gipfel in Dubrovnik stand unter dem Zeichen der regionalen Zusammenarbeit und Integration von Südosteuropa in die EU.

Bilaterale Abkommen mit Serbien

Die Zusammenarbeit mit Serbien wird in allen Bereichen vertieft. Der kroatische und serbische Innenminister unterzeichneten ein Abkommen über gegenseitige Auslieferung von Staatsbürgern, die der organisierten Kriminalität und Korruption verdächtig oder angeklagt sind. So kann u.a. Sretko Kalinic an Serbien ausgeliefert werden, der wegen des Mordes am serbischen Ministerpräsidenten Djindjic zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde. Beide Länder haben Anfang Juni auch ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Josipovic entschuldigt sich in B-H

Staatspräsident Jospovic setzt sich insbesondere für eine neue Phase in den Beziehungen zu den Nachbarländern ein. Die Tatsache, dass sein erster Besuch in Slowenien war, dass er sich dreimal mit dem serbischen Präsidenten Tadic getroffen hat sowie seine Aussage in Bosnien und Herzegowina zeugen von einem konstruktiven Ansatz gegenüber den Ländern der Region sowie von der Bestrebung, Kroatien als Stabilisator der Region weiter zu profilieren. Josipovic gilt als populärster Politiker im Lande und kann mit einer Wählergunst von 80 % rechnen. Sein Besuch im April d.J. in Sarajevo hat jedoch zur Reibungen zwischen ihm und MP Kosor beigetragen. Kosor warf Josipovic vor, er habe sie vor seiner Reise nach Sarajevo nicht konsultiert. Josipovic hat sich nämlich für die Untaten der Kroaten in B-H entschuldigt: Die Politiker, die in den 90ern Jahren glaubten, dass die Lösung für B-H ihre Teilung sei, haben das Böse gesät.(...): „Ich bereue zutiefst, dass die Republik Kroatien durch ihre Politik in den 90ern Jahren dazu beigetragen hat.“

Regierung stellt ein Maßnahmenpaket für die wirtschaftliche Erholung vor

Die schwierige wirtschaftliche Lage im Lande bezeichnete MP Kosor Ende Juni bei einer Pressekonferenz folgendermaßen: „Ein schwieriges Frühjahr ist hinter uns, ein schwieriger Sommer und Herbst und Winter ist vor uns, ich glaube aber dass der Winter nicht schwarz und katastrophisch sein wird, wie es die Medien oft schreiben“.

Die Bevölkerung zeigt die Signale einer zunehmenden Unzufriedenheit. Nachdem die Regierung ein neues Arbeitsgesetz angekündigt hat, welches die Reduzierung der Rechte und Löhne vorsieht, haben die Gewerkschaften eine Initiative für das Volksbegehren zum Arbeitsgesetz angeregt. Um das Prozedere einzuleiten, sind für den Volksentscheid 400.000 Unterschriften nötig, 820.000 liegen vor. Die Opposition nimmt dies als Anlass um nach vorzeitigen Wahlen zu rufen.

Die Regierung hat im April, neun Monate nach der Einführung der Krisensteuer ein Programm für die wirtschaftliche Erholung vorgestellt. Die Maßnahmen umfassen den Verkauf aller staatlichen Anteile von weniger als 25 % an Unternehmen, Abschaffung der Krisensteuer bis Ende 2010, Abschaffung von steuerlichen Begünstigungen, Reform der Einkommensteuer (drei statt vier Steuersätze), Förderung von ausländischen Investitionen, Reform des Sozial- und Rentensystems (u.a. Verringerung von Vergünstigungen für bestimmte Rentenbezieher), Senkung der Beschäftigtenzahl in der öffentlichen Verwaltung. Die angekündigten Reformen seien nach Meinungen von einheimischen Wirtschaftsexperten noch sehr vage, da u.a. der zeitliche Rahmen nicht festgelegt ist. Das Problem bleibt nach wie vor der zu hohe staatliche Verbrauch. Die Ausgaben für Gesundheit, Renten und soziale Fürsorge betragen fast die Hälfte des Haushalts. Ein weiteres Problem ist die große Außenverschuldung. Kroatien hat bereits 40 Milliarden Euro Auslandsschulden, was fast 100 % des BIP ausmacht.

Notenbankgouverneur Rohatinski meinte „Dieses Jahr wird ein Jahr der wirtschaftlichen Stagnation sein. Wir befinden uns in einer Überlebensphase, nicht in einer Phase der Perspektiveneröffnung für den Ausweg aus der Wirtschaftskrise.“

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Aleksandra markic-Boban
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 20.07.10